Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlung. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner. — Görlitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Kiess. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Dalamar Azn., Spuistraat 184. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Hajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 174. **Berlin, Mittwoch den 15. April 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zu **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten.** Nachträgliche **Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, anbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Für die Monate **Mai** und **Juni** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **M. 5.** — Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten**, in Potsdam bei **A. H. Pusch**, Kanal Nr. 19, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 15. April.

Die Zentrumspolitiker haben sich wiederholt — und zwar, wie gleich von vornherein bemerkt werden mag, mit gewissem Rechte — darauf berufen, ihre Partei habe für gewisse wirkliche Bedürfnisse stets entgegenkommendes Verständniß gezeigt.

In wirthschaftlichen Fragen sowohl, als in sonstigen, im Staatsleben als dringendes Bedürfniß sich geltend machenden haben die Zentrumspolitiker dem feinem Verständniß der Wähler für derartige Dinge Rechnung getragen, und gerade diese Haltung dürfte wesentlich beigetragen haben, den parlamentarischen Stand der Partei zu konserviren.

Man hat sogar als eine Art ultramontanen Parteidogmas verkündet, gerade dieses Eingehen des Zentrums auf derartige Dinge beweise die Berechtigung seines Daseins als eine politische, als eine nicht allein aus den kirchlichen, resp. konfessionellen Angelegenheiten herausgewachsene Partei.

Im Hinblick auf diese Thatsachen muß diejenige Stellung einigermaßen befremden, welche der Abg. Dr. Windthorst im preußischen Abgeordnetenhause gestern bezüglich des Antrages v. Zedlitz-Neukirch in Sachen des Lehrerpensionswesens einzunehmen für gut befunden hat.

Allerdings verkündet Herr Windthorst wiederholt und mit erhobener Stimme, er für seine Person und, wie er nicht zweifle, auch *seine Freunde seien gewillt, Alles aufzubieten,* damit den Lehrern das werde, was nach dem vorliegenden Antrage ihnen werden solle, trotzdem aber hält er einen Verfassungsparagraphen in Bereitschaft, um diesen zum Stein des Anstoßes für diese Bemühungen werden zu lassen. Herr Windthorst, er möchte so gern, daß „noch in dieser Session" eine Regelung des Lehrerpensionswesens zu Stande komme, aber der böse Artikel 25 der Verfassung hindert ihn daran, seinem guten Herzen zu folgen; denn dieser fordert nach Windthorstscher Interpretation die Konstatirung des nachgewiesenen Unvermögens der Gemeinden für jeden einzelnen Fall, wenn der Staat zu Schulzwecken Zuschüsse gewähren solle. Würde davon aber abgesehen, regele man die Pensionsangelegenheit generell vor Erlaß des vorgesehenen Unterrichtsgesetzes, so breche die Staatsschule herein, so etwa verlautet der von Herrn Windthorst vorgetragene Gedankengang, und die Perspektive auf die eben erwähnte Katastrophe macht es für Herrn Windthorst unmöglich, in diesem Falle der bisherigen Zentrumspolitik, wirklichen Bedürfnissen gegenüber, zu folgen, und so wird eine Verfassungsfrage erhoben, die, wenn sie erst aufgeworfen ist und nach Windthorstschem Vorschlage gründlichst in einer Kommission erörtert werden sollte, es doch mehr als zweifelhaft machen könnte, ob „noch in dieser Session" etwas zu Stande kommen dürfte.

Es verdient bemerkt zu werden, daß dieser Stellungnahme des Herrn Dr. Windthorst auf *allen* Seiten Gegner erwachsen, und vielleicht deutet der Umstand, daß ein anderer Zentrumsredner auf das Wärmste für Annahme der Kommissionsvorschläge plaidirte, und zwar ohne die Windthorstschen Verfassungsbedenken sich anzueignen, darauf hin, daß Herr Windthorst mehr eine „Politik Windthorst" vertreten habe, während das Zentrum möglicher Weise der bisherigen in derartigen Fällen befolgten Zentrumspolitik folgen dürfte. Es deuten ja auch andere Zeichen darauf, daß neben der Zentrumspolitik eine spezifisch Windthorstsche sich herausbildet, von der es mehr oder weniger ungewiß erscheint, ob das Zentrum es immer und überall fingerathen halten wird, sich dieselbe anzueignen.

In der „Koburger Zeitung" lesen wir:

Se. Hoheit der Herzog hat zum 1. April an den Reichskanzler Fürsten Bismarck ein Glückwunschschreiben gerichtet und vor wenigen Tagen ein Antwortschreiben des Fürsten erhalten. Die beiden Schriftstücke lauten:

Durchlauchtigster Fürst!

Es ist mir ein Bedürfniß, den Glückwünschen, die Minister von Seebach in Meinem Namen Ihnen überbringt, auch noch ein eigenes Wort warmer Verehrung und dankbarer Huldigung hinzuzufügen.

Von Jugend auf hat kein höheres Ideal mich beseelt, als die Einheit und Macht und Größe unseres Vaterlandes. Darum ist mir vergönnt, an dem Jubeltage, den Millionen begeistert feiern, auch meinerseits Ew. Durchlaucht von ganzem Herzen Dank zu sagen. Ihre Weisheit hat, unter dem Schirm unseres kaiserlichen Herrn, weit über alles Hoffen hinaus meinem Leben, wie dem aller Deutschen, den tief und heiß ersehnten Inhalt gegeben!

Erhalte Gott Sie noch lange für Kaiser und Reich!

Ew. Durchlaucht treu ergebener
Ernst.

Rize, 25. März 1885.

Durchlauchtigster Herzog,
Gnädigster Herr!

Ew. Hoheit danke ich unterthänigst für den gnädigen Glückwunsch zum 1. April und für die huldreichen Worte der Anerkennung, mit denen Höchstdieselben ihn begleitet haben, und deren Werth für mich dadurch erhöht wird, daß ihr durchlauchtigster Ueberer selbst der nationalen Sache Deutschlands von ihren ersten Anfängen an zur Seite gestanden hat.

In tiefster Ehrerbietung verharre ich
Eurer Hoheit unterthänigster Diener
von Bismarck.

Berlin, 4. April 1885.

Die „St. Petersburger Zeitung" übersetzt einen Artikel zur „Bismarck-Feier" der „Mosk. Wed.", der, wie die „St. Petersburger Zeitung" sagt, post festum kommt, aber dafür desto wärmer gehalten ist.

Einen Rückblick auf die Großartigkeit der Feier werfend, meint das Kaiserliche Blatt, daß derartige Kundgebungen nationalen Enthusiasmus' nicht künstlich hervorgerufen werden können, und daß Deutschland einen Mann gefeiert habe, der die Popularität nie selbst gesucht und nie ein anderes Bob erwartet habe, als das aus dem Munde seines Kaisers und Herrn. . .

„Groß ist das Verdienst des Fürsten Bismarck, das er sich um den Monarchen und das Vaterland erworben hat. Aber nicht gering ist auch der Dienst, den er mit dem Beispiel seiner Thätigkeit den zeitgenössischen Staatsmännern erwiesen hat. In der Epoche allgemeiner Willensschwäche und Schwankens der Geister, der Schwächung der Regierungsgewalt und des Kultus der Doktrin hat Fürst Bismarck allein sich nicht beirren und verlocken lassen durch den Strudel, der ihn umwirbelte, und hat er durch seine gesunde, einfache und offene Politik das ihm vom Kaiser anvertraute Reich vor den verhängnißvollen Fehlern bewahrt, die in den letzten zwei Jahrzehnten, modernen Theorieen zum Gefallen, von den Staatsmännern der Nachbarstaaten begangen wurden. Stets im Kampfe begriffen mit den äußeren und inneren Feinden Deutschlands, hat Fürst Bismarck den alten *Traum deutscher Patrioten, die Einigung Deutschlands verwirklicht, ohne Unterstützung,* sondern sogar unter steter böswilliger Anfeindung und Opposition seitens der Leute, die sich für die „Vertreter des Volkes" ausgeben, den Kanzler mit Beschuldigungen wegen „Verletzung der Konstitution" und wegen „Verbrechen gegen den Liberalismus" überhäuften und allerlei Intriguen ersannen, um seine Pläne zu zerstören und ihn in den Augen des Volkes herabzusetzen. Die Verachtung aber, mit der er diese Professoren und Doktoren, die da Sachen in die Hand nahmen, die sie nichts angingen, diese Schwätzer und Sophisten der Parteien behandelte — brachte sie außer sich und veranlaßte sie, Fehler auf Fehler zu machen und bewirkte sie in den Augen des Volks aller Autorität, das alle Achtung auf die majestätische Persönlichkeit seines Kaisers und des ihm ergebenen Kanzlers konzentrirte, die nie nach falscher und ephemerer Popularität strebten.

Dank dem beredten Vorbilde des Fürsten Bismarck können die nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch aufs Klarste sich davon überzeugen, daß das einzige dauerhafte Pfand für den blühenden Zustand eines Staates eine starke, festgegründete Regierungsgewalt bildet, die gerichtet ist auf die Wahrung der wirklichen Staatsinteressen, nicht aber auf die Entwickelung schlechter Leidenschaften und Instinkte in dem großen Haufen, unter dem Scheine der Verwirklichung verschiedener Doktrinen der „Freiheit" und „Gleichheit" . . ."

Der **Reichstag** beschloß heute über die aus dem Hause eingebrachten Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, die einfache Tagesordnung, nachdem der Staatssekretair des Reichsjustizamtes Dr. v. Schelling erklärt hatte, daß ein bezüglicher Revisionsentwurf dem Bundesrathe zur Berathung vorliege und eine Vorlage an den Reichstag in allernächster Zeit zu erwarten stehe. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Herrn Staatssekretairs zog dann auch der Abg. Dr. Porsch den von ihm eingebrachten Antrag auf Abänderung des § 370 der Strafprozeßordnung zurück. — Eine Petition wegen Rückerstattung zu viel gezahlten Zolles wurde dem Herrn Reichskanzler zur nochmaligen Erwägung überwiesen. — Der aus dem Hause eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für verurtheilte und im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochene Personen, der ohne Kommissionsberathung zur zweiten Berathung stand, wurde mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Materie einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Verschiedene andere Nummern wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Bei Schluß der Redaktion stand eine Petition, betr. Ansprüche an den Militairfiskus zur Verhandlung.

Das **Abgeordnetenhaus** setzte in seiner heutigen Sitzung die Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Pensionirung der Volksschullehrer fort. Zu einer längeren Debatte führte zunächst der § 2, welcher die Höhe der Pensionsbezüge regelt. Mit Rücksicht jedoch auf die in der gestrigen Sitzung von Seiten des Herrn Finanzministers abgegebene Erklärung wurde ein deutschfreisinniger Antrag auf Normirung eines Minimalpensionssatzes zurückgezogen und der § 2 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse genehmigt. Einen Hauptpunkt in der heutigen Debatte bildete der von der Kommission beschlossene § 9b, welcher die staatliche Beitragspflicht bis auf 900 Mark fixirt. Hierzu lagen mehrere Abänderungsanträge vor, die theils eine Quotisirung der Pensionslast zwischen dem Staat und den sonstigen Verpflichteten, theils eine Herabminderung der staatlichen Beitragspflicht anstreben. In der Debatte erklärten sich der Kultusminister sowohl, wie der Finanzminister gegen einen Abänderungsantrag, welcher indirekt eine Entlastung der Gutsherren von den Schullasten verbindern will. Der Herr Finanzminister erklärte, daß solcher Beschluß das Gesetz für die Regierung unannehmbar machen würde. Bei Schluß der Redaktion dauert die Diskussion über § 9b fort.)

Aus Dordrecht wird uns geschrieben:

„Wahrhaft wohlthuend hat Ihr letzter Leitartikel vom 13. d. auf uns gewirkt: doch einmal ein aufrichtiges, wägendes Wort dem allgemeinen Klagestöhnen gegenüber, das verunsichtigen Unkrüchen keine Rechnung trägt und eigentlich gewohnheits- ja gewerbsmäßig ausgestossen wird. — Welcher Industrie der Erde geht es denn so gut, daß kein Werk still liegen müßte, daß keine Verluste vorkommen, daß es nie an Arbeit fehlt, ja, daß man ohne Fleiß, ohne Umsicht, ohne Einschränkung darauf losleben könnte, wie in den schönen Jahren 1872—74? — Und das ist leider der Kern der Sache; wir können das nicht vergessen, daß es einst gar so bequem war, nichts zu thun und viel zu verdienen.

Wer Thätigkeit und Umsicht verbindet, hat auch in diesen Jahren gut verdient, und wer dabei sparsam gelebt hat, hat auch in diesen Jahren Geld zurückgelegt; wer sich hierzu nicht hat entschließen können, der suche die Schuld bei sich und nicht in den Verhältnissen, die vielleicht schwierig waren, aber von sehr Vielen glücklich besiegt worden sind. Die Beispiele dafür sind nicht vereinzelt, man muß sie aber nicht dort suchen, wo der ganze Gewinn von einem zahllosen Heere von Beamten aufgezehrt wird, wo der Aktionair nur den Unterhalt abgesehen vom Verwaltungsrathe — für die Herren General-, Haupt-, Abtheilungs-Direktoren, Prokuristen, Bureau-Chefs, Kassirer, Buchhalter 2c. 2c. zu liefern, d. h. präumerando in baar zu erlegen hat. Solche Versorgungs- und Alters-Versejugungsanstalten für mit Mängeln behaftete liebe Verwandte sind nie sehr lukrativ gewesen.

Sowohl unsere Kohlen- als Eisenindustrie hat genügende Beispiele tüchtiger Resultate auch aus den letzten zehn Jahren aufzuweisen: der Kursstetel bietet jede Zeden ohne Schwierigkeit für die Aktiengesellschaften (wir nennen blos Gelsenkirchen, Hibernia, Bochumer Verein, Borussia, Margarethe, Dagener Gußstahl 2c. 2c.), während die Beispiele von Privatunternehmungen selbstredend nicht gezählt werden können. So kann heute Jedermann vertrauensvoll sein Geld der Industrie zuwenden: sie verdient das Zeugniß, daß sie sich mit Ehren durchgearbeitet hat, und wird das auch ferner thun. Ihre Arbeit hat reichen Segen gebracht, wie überall, wo der Mensch auf mühelose Frucht verzichtet und einsieht, daß er nicht sich allein, sondern auch seinem Vaterlande dient, wenn er die Arbeit auf sein Banner schreibt. Sicher wären die Reklamen unglücklicher gewesen, wäre der deutsche Markt noch immer ein Tummelplatz des Auslandes. Aber, Gottlob, das ist er nicht mehr, der Deutsche kauft deutsche Waare — und so soll es bleiben!

Rundschau im Auslande.

Der Berner „Bund" fährt fort, unter der Gestalt militairstrategischer Studien über die **schweizerisch-italienischen** Grenzverhältnisse Betrachtungen anzustellen, die auf Konsequenzen politischer Art hinauslaufen und, sofern sie als Stimmungssymptome angesehen werden können, auch eines allgemeineren Interesses nicht ermangeln. Eine in der neuesten Nummer des genannten Blattes an hervorragender Stelle veröffentlichte Studie: „Ueber die militairische Grenze der Schweiz" polemisirt gegen eine unter diesem Titel im Januarhefte der „Internationalen Revue für Armeen und Flotten" (Helwingsche Verlagsbuchhandlung in Hannover) veröffentlichte militairisch-politische Situationsskizze des italienischen Schriftstellers Hrn. Salvioni, welcher Neigung bekundet, die Frage der schweizerisch-italienischen Grenze als ventilationsfähig zu behandeln, wogegen der „Bund" accentuirt, daß diese Frage in der Schweiz schon längst ihre endgültige Lösung gefunden habe. Das Blatt schließt seine ziemlich detaillirten Untersuchungen über das Thema mit folgenden Andeutungen ab:

„Daß ferner in eine an sich so wichtige Angelegenheit rein militairisch-strategischer Natur, die sonst nur von einem sehr hohen Standpunkte aus behandelt werden sollte, auch Fragen von verhältnißmäßig viel minderer Bedeutung wie diejenige des Schmuggels, mit hineineingezogen werden, ist wohl als sehr auffallend zu betrachten, namentlich wenn man ins Auge faßt, was hierorts als ein öffentliches Geheimniß gilt, daß die so oft zum Gegenstand bitterer Beschwerden gemachte Zollkontrebande fast ausschließlich von Angehörigen des Königreichs selbst und allerdings gewerbsmäßig betrieben wird.

Bedenklich ist es aber doch, wenn die Bedörfnungen ganzer Landestheile systematisch mit Anschauungen und Theorieen unterhalten werden, die bisweilen den wahren Interessen der Nation entsprechen. Diese Erfahrung machen wir leider seit zwanzig Jahren (nachdem General Bixio die berühmte Rede im Parlament gehalten) nur zu oft mit der Angelegenheit der italienisch-schweizerischen Militairgrenze; kennt man nun daran, daß heutzutage die öffentliche Meinung auf alle Unternehmungen politischer und militairischer Natur einen großen Einfluß auszuüben pflegt, so muß wohl jeder vernünftige Bürger mit uns darin einig gehen, daß ein derartiges unvorsichtiges Verfahren unter Umständen die unangenehmsten Folgen nach sich ziehen könnte. Deshalb sprechen wir es auch unumwunden aus: was wir bei der Angelegenheit am meisten bedauern, ist die wiederholte Wahrnehmung, daß das italienische Volk über seine wirklichen Interessen nicht besser und aufrichtiger belehrt wird."

Die Aussichten auf das Gelingen einer gütlichen Lösung der **englisch-russischen** Differenzen stellen sich heute in nicht ungünstigem Lichte dar. Einmal kann es jetzt als ausgemacht gelten, daß die am Kuschk und Murghab stehenden russischen Streitkräfte ihre Stellungen seit dem Kampfe gegen die Afghanen nicht weiter vorgeschoben haben, wie der Londoner Preßchauvinismus glauben machen wollte. Damit entfällt denn schon das hauptsächlichste Moment für eine zunehmende Verschärfung der Situation. Ferner fahren die Londoner Regierungskreise fort, einen ruhigen, sachlichen Erörterungston anzuschlagen; dies gilt insbesondere von der ministeriellen „Daily News", welche der letzten von St. Petersburg im Foreign Office eingetroffenen Depesche das Zeugniß ausstellt, daß sie als eine Fortsetzung der durch den Zwischenfall von Pendschdeh unterbrochenen Grenzverhandlungen anzusehen sei, ihren sehr versöhnlichen Ton hervorhebt und hinzufügt, dieselbe „deute die Lösung der Grenzfrage auf breiterer Grundlage" an. Hiernach erscheint es wohl begründet, wenn man sich der Hoffnung hingiebt, daß bei der anerkannten Friedensliebe, welche an maßgebender Stelle sowohl in St. Petersburg als in London herrscht, die angedeutete „breitere Grundlage" ein solides Fundament für das Versöhnungswerk der Diplomaten und Staatsmänner abgeben werde.

Der Korrespondent, den die „Köln. Ztg." in der **österreichischen** Hauptstadt besitzt, theilt seinem Blatt, als aus sicherer Quelle stammend, die Nachricht mit, daß zwischen Deutschland und Oesterreich Berathungen gepflogen werden, welche auf eine friedliche Lösung des russisch-englischen Streites abzielen. Zwischen Berlin und Wien finde ein lebhafter Depeschen- und Kourierwechsel statt.

Auch der hiesige Gewährsmann des rheinischen Blattes nimmt von der Meldung Akt, daß zwischen Oesterreich und Deutschland wegen der Vermittlung in dem russisch-englischen Streite verhandelt werde und meint, die Sache würde wohl so zu erklären sein, daß England um die Vermittlung Oesterreichs bemüht sei.

„Bei dem innigen Bündnisse, das uns in allen auswärtigen Fragen mit Oesterreich verknüpft, wäre es natürlich — führt der Korrespondent fort — daß Oesterreichs leitender Minister auch hier nichts unternähme, worüber er sich nicht der Uebereinstimmung mit Berlin vergewissert hätte. Käme dann unter solchen Umständen die österreichische Vermittelung zu Stande, so wäre sie gewissermaßen unter den Schutz des mitteleuropäischen Friedensbündnisses gestellt und trüge durch eine starke Gewähr des Gelingens. Ob nun die Vermittelung wirklich schon angerufen ist, oder ob es sich erst um vertrauliche prüfende Vorfragen handelt, läßt sich nicht feststellen. Der von London aus telegraphisch mitgetheilte Umstand, daß Granville nach dem heutigen Kabinetsrath eine Besprechung mit dem österreichischen Botschafter Grafen Karolyi gehabt habe, unterstützt die Glaubwürdigkeit der Meldung."

Bemerkenswerth möchte sein, daß auch die größeren **französischen** Zeitungen sich zu Gunsten einer friedlichen Lösung der Schwierigkeit aussprechen. So hofft die „Rep. franç.", daß, wie die letzte Phase der Orientfrage, wie die Mittelmeer-Angelegenheiten, besonders die egyptische Affaire, durch gemeinsame Uebereinkunft geregelt seien oder einer solchen Regelung entgegenzugehen schienen, wie solches ferner von Fragen, wie die Donau-, Kongo- oder Algerfrage gelte, so auch die asiatische Frage sich auf gleichem Wege lösen lassen werde. Frankreich müsse das wünschen und mit Europa zusammen an der Aufrechterhaltung des Friedens arbeiten. Der „Temps" seinerseits läßt sich aus London melden, daß, so kriegerisch die Redeweise der Zeitungen sei, in den politischen und militairischen Kreisen die Tragweite eines Krieges mit Rußland gleichwohl vieles zu denken gäbe, und läßt durchblicken, daß man sich die Sache wohl zweimal überlegen werde, ehe man sich zu heroischen Entschließungen aufraffe.

Dem zu Anfang dieses Monats in **Bulgarien** stattgehabten theilweisen Kabinetswechsel wird von dem Gewährsmann, den die „Pol. Korr." in Sofia hat, keinerlei Bedeutung für den Gang der Dinge beigelegt. Das störende Element war der erst kürzlich zum Minister des Innern ernannte, mit den serbischen Radikalen sympathisirende Herr Suknarow. Als ein Mann von schwankendem Charakter, der sich sehr leicht beeinflussen läßt, hatte er gleich nach seinem Eintritte in die Regierung Politik auf eigene Faust zu treiben begonnen, welche, die Solidarität mit dem Kabinet verläugnend, auf eine Spaltung der liberalen Partei und insbesondere der Kammermehrheit abzielte. Dies führte zu Mißhelligkeiten mit dem Kabinetschef, deren Beilegung seitens des Herrn Suknarow dadurch ganz unmöglich gemacht wurde, daß er in den oppositionellen Blättern ein Schreiben veröffentlichte, das offen gegen den Kabinetschef polemisirt und sich überdies über Fragen der auswärtigen Politik in einer Art verbreitete, wie es dem Mitgliede einer konstitutionellen Regierung unmöglich zukommen kann. So entstand die Krisis, die dadurch gelöst wurde, daß Herr Suknarow ausschied und an seiner Statt das Portefeuille des Innern Herrn Karaulow übertragen wurde. Der Gewährsmann der „Pol. Korr." nimmt an, daß durch sein Ausscheiden aus dem Kabinete für die rasche und loyale Herstellung der bulgarischen Bahnlinie Zgorribrod-Vakarel ein Widersacher und ein Hinderniß geschwunden sind.

Parteibewegung.

— Zum Austritt des Abgeordneten von Schorlemer-Alst aus dem Reichstage schreibt man der „Nat.-Ztg.":

„Man führt den Schritt, welcher durch den längeren Urlaub vorbereitet war, auf Zerwürfnisse des Herrn v. Schorlemer mit dem Abgeordneten Windthorst zurück, welche sich u. A. auf die Zolltariffragen beziehen sollen. Herr Windthorst, ursprünglich ein Gegner der Getreidezölle, widerstrebte den Erhöhungsanträgen, welche die sogenannte freie wirthschaftliche Vereinigung an den Reichstag gebracht hat. Die Seele der dortigen agrarischen Bestrebungen war der Abg. v. Schorlemer-Alst. Konservativ von Abgeordneten gezwungen hatte derselbe bereits vor längerer Zeit die Absicht ausgesprochen, sogar beide Mandate niederzulegen."

Wie die „Neue Preuß. Ztg." von betheiligter Seite erfährt, wird nunmehr der Vize-Präsident, Abgeordneter Freiherr v. Frankenstein, die Führung des Zentrums in Zollsachen übernehmen.

Parlamentarisches.

* In der heutigen Sitzung der Zolltarifskommission des Reichstages wurde nach längerer Diskussion der dem Plenum des Reichstages vorzulegende Bericht des Abg. Lohren über die Beschlüsse der Kommission in Bezug auf die Textilzölle festgestellt und demnächst, unter Zuftimmung der Geheimräthe Boettcher und Schraut, einstimmig angenommen.

* Der heutigen Verhandlung des Reichstages wohnte in der Diplomatenloge der türkische außerordentliche Gesandte Veli Riza Pascha in Begleitung des Majors Graf zu Eulenburg kurze Zeit bei.

— Dem Landtage ist, wie schon kurz erwähnt, der gesetzlich vorgeschriebene Rechenschaftsbericht des Staatsministeriums über die Verbängung des Belagerungszustandes in Bielefeld zugegangen. Nachdem die (bekannten) thatsächlichen Vorgänge dargestellt, werden die Erwägungen, von denen das Staatsministeriumbei Bestätigung der Maßregel ausgegangen, im Nachfolgenden bezeichnet:

Der bei den Bielefelder Vorgängen den Bemühungen des politischen Exekutivpersonals und der bewaffneten Macht, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten bezehenlich wieder herzustellen, von den erregten Volksmassen entgegengesetzte Widerstand trug unzweifelhaft nach seiner Intensität und Parteicharakter den Charakter des Aufruhrs an sich. Das Einschreiten der Polizei erwies sich als völlig fruchtlos, die Exekutivbeamten wurden zurückgedrängt, verhöhnt, mit Thätlichkeiten bedroht und sogar gemißhandelt. Als darauf das requirirte Militair erschien, wurde auch diesem, selbst bei wiederholtem Einschreiten, thätlicher Widerstand geleistet, so daß mit der blanken Waffe vorgegangen werden mußte. Die Besorgniß, daß es zu weiteren und bedrohlicheren Ausschreitungen kommen werde, lag um so näher, als die ursprüngliche und eigentliche Veranlassung des Aufruhrs, die Arbeitseinstellung in der Koch'schen Fabrik, noch fortdauerte, und in der Stadt überall die Nachricht verbreitet war, daß die Ruhestörungen demnächst von Neuem beginnen würden. Nach allem Diesem konnte kein Zweifel darüber obwalten, daß es sich um einen mit dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbundenen Aufruhr handelte, zu dessen Unterdrückung die im § 2 des Gesetzes vom 1. April 1851 vorgesehenen Maßregeln in Anwendung zu bringen, volle Veranlassung vorlag. — Diese Maßregel hat sich als wirksam erwiesen, denn, wenngleich an den beiden ersten Tagen nach Erklärung des Belagerungszustandes noch Verhaftungen in Folge von Einzelexessen und Widerseßlichkeiten erfolgen mußten, so haben die Ruhestörungen in größerem Umfange nicht mehr stattgefunden. — Nachdem inzwischen ein Ausgleich zwischen ein Ausgleich zwischen der Firma Koch u. Komp. und den feiernden Arbeitern zu Stande gekommen ist und die letzteren die Wiederaufnahme der Arbeit mit dem 9. April zugesagt haben, ist der Belagerungszustand für den Stadtkreis Bielefeld und die Amtsgemeinde Gadderbaum-Sandhagen mit dem Ablauf des 8. April 1885 aufgehoben worden.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König war gestern Abend zur Vorstellung im Opernhause anwesend. Nach dem Schluß derselben fand im königlichen Palais eine kleinere Theegesellschaft statt. — Am heutigen Vormittag hörte Se. Majestät den Vortrag des Hofmarschalls Grafen Perponcher, empfing den Militairbevollmächtigten bei der deutschen Botschaft in Petersburg General von Werder und arbeitete mit dem Wirklichen Geheimen Rath von Wilmowski. Am Nachmittage empfingen die kaiserlichen Majestäten den Besuch Ihrer königl. Hoheiten des Prinzen Georg von Sachsen und dessen Sohnes, des Prinzen Friedrich August von Sachsen. — Aus Anlaß der Anwesenheit der sächsischen Prinzen findet heute Nachmittag 5 Uhr bei den Majestäten im königlichen Palais ein Diner von einigen 40 Gedecken statt, zu welchem außer den Gästen derselben, sowie dem sächsischen Geschäftsträger Major v. Schlieben und sächsischen Militairattaché Rittmeister Grafen v. Fabrice die kronprinzlichen Herrschaften mit der Prinzessin Tochter Victoria und Gefolge, ferner Prinz und Prinzessin Wilhelm nebst Gefolge, Prinz und Prinzessin Friedrich von Hohenzollern, sowie Oberste Hof- und Ober-Hofchargen, General der Infanterie v. Pape, Militairbevollmächtigter in Petersburg General der Infanterie v. Werder, Generallieutenant Graf v. Wartensleben und die beiden zu Direktoren im Auswärtigen Amte ernannten Wirkl. Geh. Legationsräthe Graf Berchem und Hellwig geladen sind.

* Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz hatte am gestrigen Vormittage um 11½ Uhr im hiesigen kronprinzlichen Palais zahlreiche militairische Meldungen persönlich entgegen genommen.

* Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Baden hat vorgestern Abend, nachdem er sich Tags zuvor von den Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften verabschiedet, seinen Urlaub angetreten und sich zunächst nach Karlsruhe begeben. Der Prinz Ludwig Wilhelm von Baden ist in Potsdam verblieben.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Georg von Sachsen und dessen ältester Sohn Prinz Friedrich August von Sachsen sind, von Dresden kommend, zu kurzem Besuche am hiesigen Hofe heute um 1 Uhr 20 Min. in Berlin eingetroffen und bei der Ankunft auf dem Anhalter Bahnhofe von Sr. kaiserl. und königl. Hoheit dem Kronprinzen begrüßt und nach dem königlichen Palais geleitet worden, wo die erlauchten Gäste von den kaiserlichen Majestäten empfangen wurden. Außer dem Kronprinzen waren auch noch der